



AG Privatisierung-nein!

Frankfurt am Main, 12.05.2020

Offener Brief an den Frankfurter Gesundheitsdezernenten Stefan Majer

Sehr geehrter Herr Majer,

wir wenden uns heute, am internationalen Tag der Pflege, mit diesem Offenen Brief an Sie, weil Sie als Gesundheitsdezernent in Frankfurt und Politiker der in Frankfurt und in Hessen mitregierenden Partei Bündnis 90/Die Grünen und durch Ihre Funktionen erheblichen Einfluss auf die Gesundheitspolitik in Frankfurt, Hessen und darüber hinaus haben. Sie sind nicht nur Präsident des tarifschließenden Verbands der Kommunalen Arbeitgeber Hessen (VKA) und damit unmittelbar für Löhne und Gehälter sowie die Arbeitsbedingungen in den Tarifverträgen verantwortlich. Sie sind auch Vorsitzender des Gesundheitsausschusses des Deutschen Städtetags, zudem sind Sie Vorsitzender oder Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten im Gesundheits- bzw. Krankenhauswesen.

Die Corona-Krise zeigt, wie wichtig ein Gesundheitswesen ist, das wieder als ein wesentlicher Bestandteil der Kommunalen Daseinsvorsorge für alle Menschen zur Verfügung steht. Die Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass die Gesundheitsversorgung präventiv ausgerichtet und gut auf Pandemien vorbereitet sein muss. Sie hat auch gezeigt, auf welchem Irrweg sich die Finanzierung über Fallpauschalen befindet. Ökonomischer Wettbewerb und betriebswirtschaftliche Überlegungen dürfen unser Gesundheitswesen nicht bestimmen.

Wir fragen Sie:

- Wie stehen Sie zu den erfolgten und geplanten Privatisierungen von Krankenhäusern? Teilen Sie mit uns die Überzeugung, dass die Uniklinik Gießen/Marburg wieder in die öffentliche Hand zurückgeführt werden sollte?
- Krankenhausschließungen, wie sie die Bertelsmann-Stiftung vorgeschlagen hat, sind nicht vom Tisch. Setzen Sie sich dafür ein, dass Krankenhäuser nicht weiter reduziert oder Leistungen abgebaut werden?
- Die Fallpauschalen haben sich in der Krise und nicht nur dort als kontraproduktiv erwiesen. Ihr Ersatz durch kostendeckende Vergütung wird gefordert. Unterstützen Sie diese Forderung?
- Was tun Sie konkret dafür, den Personalabbau im Gesundheitssystem der vergangenen Jahre umzukehren und erheblich mehr Personal einzustellen und die Arbeitsbedingungen in den Kliniken massiv zu verbessern?
- Sind Sie auch der Meinung, dass alle Beschäftigten in Krankenhäusern oder Pflegediensten finanziell und materiell aufgewertet werden müssen?
- Treten Sie dafür ein, dass die Bereiche, welche typischerweise in Servicegesellschaften (i.d.R. tariflos und schlecht bezahlt) ausgegliedert wurden, wieder reintegriert werden?

Als für die Gesundheitspolitik in Frankfurt zuständiger Dezernent können Ihnen die Zustände an der Uni-Klinik Frankfurt nicht gleichgültig sein. In einer Petition haben sich Beschäftigte an die zuständige Ministerin Dorn und Minister Klose des Landes Hessen gewandt und folgende Forderungen gestellt, die nicht nur Pflegekräfte und Ärzt*innen betreffen, weil sich die Situation in den Krankenhäusern nur bewältigen lässt, wenn *alle Berufsgruppen* mit hohem Engagement zusammenarbeiten.

Gefordert werden:

- Eine Erschwerniszulage von 500 € monatlich für alle Beschäftigten, die durch die aktuelle Situation noch höher belastet sind.
- Gesund bleiben am Arbeitsplatz:
 - Tests nach ungeschütztem Kontakt auf COVID19 für Beschäftigte auch ohne Symptome
 - Bereitstellung von genügend Schutzkleidung – nach bisherigen Hygienestandards
 - Dienstbefreiung für positiv getestete Beschäftigte
 - Ausreichende Ruhezeiten.
- Freiwilligkeit als Prinzip bei Versetzungen und Arbeitszeitänderungen.
- Sieben zusätzliche Erholungstage und die Übertragung von Urlaub in das Jahr 2021.
- Kein Aufschreiben von Minusstunden in "heruntergefahrenen" Bereichen.

Wir bitten Sie, Ihren politischen Einfluss geltend zu machen und die vorgenannten berechtigten Forderungen zu unterstützen. Bitte richten Sie Ihre dezidierte Antwort an die Mitunterzeichnende Inge Fichter (Anschrift siehe unten).

Mit freundlichen Grüßen

für attac Frankfurt am Main -AG Privatisierung-nein!

Bernhard Altert, Monika Christann, Inge Fichter, Herbert Storn, Gerhard Velten

Bitte senden sie Ihre Antwort an:
Inge Fichter
Parlamentsstraße 22
60385 Frankfurt am Main

Gerne möchten wir Sie auch an die Presseerklärung Ihrer Partei Bündnis 90/Die Grünen vom 13.09.2013 erinnern, die wir als Anlage beifügen.